

EU-Kommission will Renteneintrittsalter erhöhen

# Arbeiten bis 70

Junge Menschen, die jetzt ins Berufsleben einsteigen, müssen damit rechnen, noch länger arbeiten zu müssen. Die europäische Kommission schätzt, dass Europäer im Jahre 2060 sieben Jahre länger leben und sich somit die Rentenbezugszeiten erhöhen.



Solidarität statt Rente mit siebzig, meint KAB-Vorsitzender Georg Hupfauer. Als Rentenkürzung bezeichnete SoVD-Präsident Adolf Bauer die Kommissionsvorschläge. Fotos: Rabbe/kna

In einem Entwurf für ein „Grünbuch“ empfiehlt daher die Kommission den EU-Ländern, das Renteneintrittsalter bis 2060 schrittweise auf 70 Jahre anzuheben. Ansonsten müssten entweder die Renten gekürzt oder die Rentenbeiträge angehoben werden. Kritik an den EU-Vorschlägen übte der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann. Er hielt dagegen, dass man in der Bundesrepublik erst

einmal die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters im Zeitraum von 2012 bis 2029 von heute 65 Jahre auf dann 67 Jahre verfolgen sollte, bevor man über weitere Schritte nachdenke. Im Schnitt gehen Männer in Deutschland derzeit mit 63,2 Jahren in Ruhestand, Frauen mit 63,0. Insgesamt scheiden laut Rentenversicherung 56 Prozent der Rentner vorzeitig aus dem Job aus und müssen daher Abschlüsse hinnehmen. Im Schnitt liegt der Abschlag bei 100 Euro pro Monat. Als eine Rentenkürzung durch die Hintertür bezeichnete das Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD). Nur in den wenigsten Berufen seien die Beschäftigten in der Lage, die gesetzlich vorgeschriebene Lebensarbeitszeit voll auszunutzen, und müssten erhebliche Abschlüsse in Kauf nehmen, sagte Bauer weiter.

### STABILITÄT DURCH SOCKELRENTE

Im letzten Jahr hatte die Deutsche Bundesbank gefordert, das Renteneintrittsalter sofort auf 69 Jahre zu erhöhen. Der Altersforscher Herwig Birk hatte Ende März gar eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 74 Jahre angemahnt. Grund seien die sinkenden Geburtenzahlen in Deutschland und in Europa. Innerhalb der EU kommen schon heute auf jeden Rentner nur drei aktiv Beschäftigte, 2030 würde das Verhältnis bei unverändertem Renteneintrittsalter auf zwei Beschäftigte pro Rentner sinken. Die KAB und andere katholische Sozialverbände setzen daher auf eine vierte Säule in der gesetzlichen Rentenversicherung. „Eine Sockelrente, der eine breite solidarische Finanzierung zugrunde liege, würde das Rentensystem stabilisieren, da es nicht nur Einkünfte aus

der Erwerbsarbeit zur Sicherung der Altersvorsorge heranzieht“, erklärte Bundesvorsitzender Georg Hupfauer. Angesichts der demografischen Entwicklung plädierte er dafür, das solidarische Modell der katholischen Verbände umzusetzen, bevor „die Menschen so lange arbeiten müssen, bis sie umfallen.“

